Herausgegeben von Angehörigen, Freunden und Freundinnen politischer Gefangener in der BRD

Angehörigen Info

C 10190 D 28. 1. 1993 Preis: 1,20 DM **111**

Kerstin Winter in Freiburg durch Paketbombe ermordet

Am Freitag, den 22. 1. 1993, wurde in Freiburg Kerstin Winter durch eine Paketbombe getötet. Um ca. 16.15 Uhr öffnete Kerstin das an sie adressierte, vor der Wohnungstür abgelegte Paket und wurde auf der Stelle getötet. Die zweite in der Wohnung anwesende Person wurde zum Glück nicht verletzt.

Kerstin (24 Jahre alt) war in Freiburg politisch tätig. Sie kämpfte mit den PGL (Punks gegen Langeweile) und der AZ-Initiative für ein autonomes Zentrum und war aktive Antifaschistin. Dieses Engagement war Teil ihres Kampfes für ein selbstbestimmtes Leben und eine herrschaftsfreie Gesellschaft.

Wir wissen nicht, wer Kerstin ermordet hat, doch wir vermuten, daß es ein faschistischer Anschlag war. Es war ein gezielter Anschlag mit der Absicht, eine politisch aktive Frau zu töten. Wir interpretieren den Mord als Teil der von den Faschisten angekündigten Anti-Antifaaktionen. Hundertprozentig sicher beweisen können wir es nicht. Die Spekulationen und Gerüchte über die Tat reichen von A-Z; und sollen bewußt den politischen und menschenverachtenden Mordhintergrund verschleiern.

Wir können die Tat nicht losgelöst von der gesamtgesellschaftlichen Situation sehen. Sie ist bestimmt durch das Wechselspiel zwischen hetzenden Politikern und Medien einerseits und den faschistischen Angriffen und deren Akzeptanz andererseits. 1992 wurden nicht nur 30 Menschen durch Faschisten getötet, sondern staatliche Maßnahmen haben den Terror immer begleitet oder gingen ihm voraus, u. a.

— Internierung der Flüchtlinge in Lager
— Deportationsabkommen mit Rumänien
— Entrechtung der AusländerInnen durch rassistische Gesetze
— Abschaffung des Artikels 16 Grundgesetz

Doch eines muß den Menschen hier klar sein: Auch wenn alle Flüchtlinge aus Deutschland rausfliegen, wird es keine zusätzlichen Jobs geben, genausowenig werden die Löhne steigen und die Mieten billiger.

PolitikerInnen und Medien werden uns neue Sündenböcke anbieten. Alte, Kranke und Behinderte, weil sie angeblich zuviel kosten und sich nicht nach kapitalistischen Prinzipien verwerten lassen. Arbeitslose und SozialhilfeempfängerInnen, weil sie angeblich faule Schmarotzer sind. In unverschämter Dreistigkeit wird von Kohl und Waigel das Schlagwort vom „sozialen Wildwuchs" eingebracht und die Volksgemeinschaft heraufbeschworen. „Teilen verbindet", denn es geht ja schließlich um das Gemeinwohl, was nichts anderes bedeutet, als daß die da oben noch fetter und die unten noch weiter an den Rand des Existenzminimums gedrängt werden. Der Rechtsextremismus ist Bestandteil dieser Politik und vollzieht das, was mit „rechtsstaatlichen" Mitteln nicht möglich ist.

Deswegen darf antifaschistischer Widerstand nicht beim Nazi-Skin auf der Straße stehen bleiben, sondern muß sich gegen die Verantwortlichen in Bundes- und Landtag, Regierungspräsidien und Rathäusern wenden. Wir alle sind aufgerufen, diese Verhältnisse mit allen notwendigen Mitteln zu bekämpfen.

Wandelt Trauer in Wut und Wut in Widerstand!

Antifaschistische Aktion







Carlos Grosser (Foto links) ist seit dem 25. Januar frei! Isabel Jacob (Foto Mitte) wird am 19. Februar endlich wieder frei sein, Bärbel Perau (Foto rechts) in ein bis zwei Wochen. Alle drei, Gefangene aus dem Widerstand, hatten Anträge auf Reststrafen- bzw. 2/3-Entlassung gestellt, die bei ihnen positiv entschieden wurden.

*Im Gegensatz dazu muß **Christine Kuby** (Gefangene aus aus der RAF) weiterhin im Knast sitzen. Nachdem sogar die Bundesanwaltschaft in ihrer Stellungnahme zur Haftprüfung keine „besondere Schwere der Schuld" bei Christine festgestellt hatte und damit eine Haftentlassung — wie auch die JVA Lübeck — befürwortete, stellte jedoch das OLG Hamburg bei einem Anhörungstermin am 14. 1. eben diese „besondere Schwere der Schuld" fest, die eine Freilassung nicht vor 1994 zulasse. „Die gesamte Befragung lief völlig schikanös ab, unter anderem wurde das gemeinsame Stellen der Haftprüfungsanträge als Beleg dafür gewertet, daß Christine offensichtlich keinen Gesinnungswandel vollzogen habe und sich immer noch in einer festen Gruppenstruktur befände ... Das OLG Hamburg machte weiterhin die Anfertigung eines psychiatrischen Gutachtens und die Teilnahme von Christine an sog. ‚Entlassungsvorbereitenden Maßnahmen' zur Vorbedingung für eine mögliche positive Entscheidung im nächsten Jahr."*

(Zitat aus: Rote Hilfe Zeitung 1/93)

Kommunikationsprojekt Celle
„Power durch die Mauer"

Eine der Forderungen während des Hungerstreiks 1989 war die nach freier politischer Kommunikation zwischen den politischen Gefangenen und der Linken draußen. Seit nunmehr über zwei Jahren führt eine Celler Initiative — der Arbeitskreis Drinnen und Draußen — Gruppendiskussionen mit den drei Celler Gefangenen aus der RAF, Lutz Taufer, Karl-Heinz Dellwo und Knut Folkerts, kontinuierlich durch. Über dieses Kommunikationsprojekt hat die Redaktion der Zeitschrift Brennpunkte *mit dem Arbeitskreis Drinnen und Draußen ein Interview geführt, das sie im Oktober/November 1992 veröffentlicht hat. Wir drucken dieses Interview im* Angehörigen Info *nach, weil wir davon ausgehen, daß nur wenige „draußen" genauer wissen, daß und wie ein solches Projekt überhaupt realisierbar ist. Eine solche „Besuchergruppe" gibt es zur Zeit außer in Celle nur noch in Lübeck bei Christine Kuby, Irmgard Möller und Hanna Krabbe. Wir hoffen, daß dieses Interview dazu beiträgt, daß sich verstärkt Menschen und Gruppen darum bemühen, für alle Gefangenen so ein Kommunikationsprojekt durchzusetzen. (d. Red.)*

Könnt Ihr mal erzählen, wie Euer Arbeitskreis „Drinnen und Draußen" entstanden ist und auf welcher rechtlichen Grundlage das ganze beruht?

Entstanden ist das Projekt im Grunde genommen aus einer Initiative während des Hungerstreiks 1989, die sich mit der Forderung nach Zusammenlegung, Diskussion und Freiheit befaßt hat, nachdem Ende '89 sich ein relativer Stillstand in der Diskussion draußen eingestellt hatte. Wir hatten dann neben einer Veranstaltung überlegt, was wir konkreter machen könnten. Im Frühjahr '90 hatten wir dann die Gelegenheit zu einem Besuch hier im Celler Knast, woraus dann die Idee entstand, ein Kommunikationsprojekt zu initiieren, das wir dann im Sommer formal realisiert und im Herbst dann konkret begonnen haben. Das Projekt ist formal aufgebaut auf dem Status der sog. ehrenamtlichen Mitarbeiter — eine Regelung, die es in Niedersachsen und auch in anderen Bundesländern gibt —, daß sog. engagierte Menschen aus der Gesellschaft mit in der Regel Betreuungsabsicht in die Knäste gehen und dort versuchen, mit den Gefangenen ins Gespräch zu kommen, um ihnen letztendlich auch bei der „Resozialisierung" zu helfen. In diesem Passus für ehrenamtliche Mitarbeiter steht auch, daß man für Freizeitaktivitäten da sein könnte, und auf dieser Schiene hatten wir es dann versucht und beantragt. Herausgekommen ist dabei, daß wir zweimal im Monat für je eineinhalb Stunden als Gruppe mit der Gefangenengruppe diskutieren können.

Und diese Gruppentreffen finden also seit Herbst '90 kontinuierlich und regelmäßig statt?

Die Treffen finden regelmäßig statt, und es ist mittlerweile ein institutionalisierter Gesprächskreis geworden, der auch von seiten der Justizbehörden kaum noch behindert wird.

Wie setzt sich Eure Gruppe zusammen, wer arbeitet darin mit?

Insgesamt sind wir fünf Männer und zwei Frauen. Celle ist eine Kleinstadt ... Ein Bereich, aus dem die Leute in unserer Gruppe kommen, ist die Antifa, andere waren bei den Grünen oder rechnen sich dem autonomen Spektrum zu.

Habt Ihr auch schon vor dem Hungerstreik '89 zu den politischen Gefangenen gearbeitet?

Es ist halt eine besondere Situation, in einer Stadt zu leben, wo ein Knast steht, in dem sich ein Hochsicherheitstrakt befindet. Die Menschen, die in dieser Stadt leben, also die politisch aktiven, waren dabei immer zu den Hungerstreiks gefordert. Das war 1981 so und auch während des Hungerstreiks 1984/85. Dadurch, daß man in dieser Stadt lebt, findet mehr oder weniger automatisch eine Auseinandersetzung mit dem Hungerstreik, den Haftbedingungen und den Gefangenen statt. Das hat sich kontinuierlich nicht immer in der Existenz einer dazu arbeitenden Initiative geäußert, sondern beispielsweise darin, daß in einer hier früher erscheinenden linken Stadtzeitung relativ regelmäßig Fragen zu den politischen Gefangenen aufgegriffen wurden und daß, wenn die Gefangenen mit einem Hungerstreik für die Verbesserung ihrer Haftsituation gekämpft haben, sich ziemlich schnell Leute zusammengefunden haben, um an diesem Punkt solidarisch tätig zu sein.

Worum geht es inhaltlich in Eurer nunmehr seit fast zwei Jahren kontinuierlich stattfindenden Auseinandersetzung mit Knut Folkerts, Karl-Heinz Dellwo und Lutz Taufer?

Als Schwerpunkte haben wir zum einen die Diskussion zu aktuellen Fragen, sei es der Golfkrieg, das Zerbrechen der Sowjetunion, Jugoslawien, Rassismus, also im Grunde genommen der Versuch, einen Austausch vorzunehmen, was wir dazu denken. Wir versuchen dabei reinzuvermitteln, wie die Diskussionen in der Linken draußen geführt werden. Der zentrale Punkt ist aber die Frage, wie die Situation der Gefangenen verbessert werden könnte bzw. seit einem knappen Jahr die Frage der Freilassung, der Freiheit anzugehen, dazu Initiativen zu entwickeln und diese Initiativen im speziellen Fall dann auch mit den Gefangenen abzustimmen. Das heißt, wir bewegen uns zum Teil in regionalen Zusammenhängen, die zur Zusammenlegung und Freiheit arbeiten, wir diskutieren draußen auch mit Leuten, die Gefangene besuchen, mit Anwälten und sind relativ nah an bestimmten Solidaritätsschienen dran. Wir können dann natürlich auch drinnen wieder berichten, was die Leute dazu denken, wie meinetwegen die Erklärung der RAF vom April draußen diskutiert wird, und versuchen dadurch auch eine Kommunikation, einen Austausch herzustellen.

Wir haben zusätzlich die Möglichkeit, Referenten und Referentinnen einzuladen, so daß sich die Gefangenen auch als Gruppe mit deren Positionen auseinandersetzen können.

Wen habt Ihr da bisher eingeladen?

Um die Diskussion mit ReferentInnen überhaupt gegenüber dem Apparat durchzusetzen, haben wir erst einmal Prominente eingeladen und das natürlich mit den Wünschen der Gefangenen abgestimmt. Es waren schon hier z. B. Robert Kurz aus Nürnberg, Georg Fülberth aus Marburg, Walter Moßmann aus Freiburg, und demnächst wird Hans Brandscheit von medico international kommen. Mittlerweile haben wir auch schon weniger prominente, an bestimmten Orten politisch aktive Leute eingeladen, und diese Möglichkeit, nicht in Einzelgesprächen, sondern zu dritt sich mit verschiedenen Linken auseinandersetzen zu können, ist für die Gefangenen auch ein wichtiger Punkt unserer Gruppenarbeit.

Zu Euren inhaltlichen Auseinandersetzungen: Habt Ihr mit den Gefangenen über die Erklärung vom April diskutiert? (In dieser Erklärung hat die RAF ihren bewaffneten Kampf bis auf weiteres ausgesetzt und eine große Bereitschaft signalisiert, mit allen linken Kräften über die derzeitige Situation zu diskutieren — Anmerkung der Brennpunkte*-Redaktion, abgedruckt in* Konkret *6/92)*

Ja, die Situation kam für uns teilweise überraschender als für die Gefangenen, die diese Entwicklung vorausgesehen hatten und auch, so würden wir sagen, dafür gearbeitet haben. Wir haben in den eineinhalb Jahren Diskussion mit den Gefangenen schon mitbekommen, wie innerhalb der Gefangenengruppe eine Kritik an der bewaffneten Aktion innerhalb der BRD entwickelt wird, und diese Kritik war zum Teil auch unsere. An diesem Punkt haben wir keine Differenzen, und wir haben den Schritt der RAF begrüßt als einen sinnvollen Schritt in dieser Zeit, nicht nur unter taktischen Gesichtspunkten der Freilassungskampagne, sondern auch in der gegenwärtigen Situation, wo Neuorientierung, Neubestimmung linker Politik auf der Tagesordnung steht. Der Schritt der

RAF liefert dazu einen günstigen Beitrag, was die Gefangenen so ähnlich gesehen haben. Allerdings gibt es sowohl drinnen als auch draußen bei uns leise Kritik an der Argumentationsweise in der Erklärung, was aber jetzt für uns nicht das Entscheidende ist.

Die RAF-Erklärung ist tatsächlich von vielen Seiten begrüßt worden, und seitdem findet auch eine mehr oder weniger offene Diskussion über revolutionäre Politik, bewaffnetem Kampf und soziale Kämpfe statt. Jedoch ist die Kritik an der RAF, die nun diskutiert wird, erheblich älter bzw. auch die Aufforderung, den bewaffneten Kampf einzustellen. Letztes Jahr ist dazu z.B. das sog. Hanna-Cash-Papier mit dem Titel „Auf ins Offene" (als Beilage des ak Nr. 329 vom April '91) erschienen, das von Euch stark kritisiert, jedoch von den meisten glattweg abgebügelt wurde, aber nun, wo die RAF selbst in eine ähnliche Richtung argumentiert, wird dies plötzlich von allen Seiten aufgenommen und als neue Qualität hingestellt.

Wir haben an dem Papier den idealistischen Menschenrechtsbegriff kritisiert, der letztendlich bürgerliche Gesellschaft legitimiert, sowie die unserer Meinung nach falsche Verknüpfung von bewaffnetem Kampf mit der Situation der Gefangenen. Was vorher von der Linken kam an Kritik am bewaffneten Kampf, war insofern nicht richtig ausgereift, als daß es eine abstrakte Diskussion war, d.h. die Argumente, die vorgetragen wurden zur Notwendigkeit der Beendigung des bewaffneten Kampfes, haben sich nicht besonders unterschieden, 1978 nicht besonders von denen 1988 und 1988 nicht von denen 1992, aber, und das wird aus der Erklärung der RAF und der der Gefangenen ersichtlich, im Unterschied dazu ist nun der Einstellung des bewaffneten Kampfes eine Analyse des veränderten Kräfteverhältnisses der letzten zwei bis drei Jahre vorausgegangen. Das gilt es eigentlich dabei zu reflektieren, daß nicht die Argumente, die schon immer gegen die bewaffnete Aktion in der BRD gefallen sind, jetzt zum Tragen kommen, sondern aus einem geänderten internationalen und nationalen Kräfteverhältnis heraus die Einschätzung erfolgt ist, daß eine Phase in der linken politischen Bewegung in der BRD an ein Ende gekommen ist und Neuorientierung, Neubestimmung den politischen Raum benötigt, der beim Weiterführen von bewaffneten Aktionen so nicht vorhanden wäre. Es ist richtig, daß die Diskussion erst nach der Erklärung losgegangen ist, das hat aber — und das ist das Positive — auch Köpfe freigemacht, d.h. es wird für Leute ersichtlich, daß eine bewaffnet kämpfende Gruppe neue Bedingungen reflektiert, daraus eine Konsequenz zieht, die für etliche ja unerwartet kam, aber daß das auch einen gewissen Beispielcharakter haben kann für verschiedene andere linke Strömungen in der BRD. Nämlich sich der Aufgabe zu stellen, die eigene Geschichte zu reflektieren, die geänderten Bedingungen zu analysieren und darauf aufbauend zu einem neuen Projekt zu kommen.

Könnt Ihr noch näher auf Eure Kritik am Hanna-Cash-Papier eingehen?

Eine Diskussion ist an der Stelle, zu diesem Zeitpunkt und mit der Intention, in der das Papier geschrieben war, nicht möglich gewesen. Eine Intention des Papiers war es auch, Kategorien durchzusetzen von Niederlage, also der bewaffnete Kampf muß seine Niederlage in der Metropole anerkennen. Eine solche Diskussion wird auch über die *konkret* geführt (*konkret* 6/92, Gespräch der Celler Gefangenen mit Gremlitza und Ebermann — Anmerkung der *Brennpunkte*-Redaktion), und das ist nicht die Sichtweise, die die Gefangenen wollen, eben nicht in Kategorien von Niederlage und Kapitulation zu diskutieren, sondern es ist ihrer Auffassung nach in den letzten 22 Jahren schon etwas erkämpft worden. Die RAF hat mit ihrer bewaffneten Politik versucht, einerseits imperialistischen Projekten eine materielle Grenze zu setzen, andererseits sozusagen deutlich zu machen, daß es uns ernst ist mit unserem Kampf gegen diesen Staat. Dabei sind Fehler gemacht worden, also z.B. ohne Reflexion gesellschaftlicher Entwicklungen und Bedingungen die Konfrontation zu eskalieren. Aber sogar aus den Fehlern dieser Kampferfahrungen läßt sich lernen. Das darf nicht vom Tisch gewischt werden, wenn es um Neubestimmung linker Politik in den Metropolen geht.

Das mit der Diskussion, die zu diesem Zeitpunkt usw. nicht sein konnte, finde ich schwierig, denn bereits 1989, als während des Hungerstreiks ständig von Kommunikation und Diskussion geredet worden war, sind die Dissonanzen der Klärung *von Christian Geissler erschienen, in denen er sich mit den politischen Mitteln der RAF auseinandergesetzt hat, aber nicht in Form von Kapitulationsforderungen, sondern gerade um einer Suche, Reflexion der eigenen Geschichte und des Voneinander-Lernens willen. Nachdem er nach* Kamalatta *als „Anti-Imp" oder „RAF-Autor" gefeiert worden war, obwohl er schon darin die Metropolenguerilla (und eben nicht die authentische RAF) kritisiert hatte, ist er mit Herausgabe seiner eine ehrliche und offene Diskussion einfordenden* Dissonanzen *endgültig in Ungnade gefallen. Dieselben Leute sprechen heute von einer Phase, die zu Ende gegangen ist usw. Gibt es gewisse Tabu-Themen innerhalb der BRD-Linken?*

Die Diskussion um die Bewertung des bewaffneten Kampfes in der BRD war eigentlich seit 1989 kein Tabu-Thema mehr. Das läßt sich aus verschiedenen Erklärungen auch von Gefangenen, beispielsweise von Eva Haule, nach dem Hungerstreik ablesen, und so hätte es eine Möglichkeit gegeben, die Thesen, die Geissler in den *Dissonanzen* aufführt, zu diskutieren: Nur, auf der real-politischen Ebene hat es seit Herbst '89 von seiten der Bundesanwaltschaft eine verstärkte Repression gegen einzelne Gefangene gegeben. Es ist auch der Eindruck entstanden, daß nach der Aktion gegen Herrhausen diese harte Linie der Bundesanwaltschaft wieder gebrochen war, wodurch eine Unsicherheit in der Bewertung des bewaffneten Kampfes hereinkam. Das zentrale Problem für die Gefangenen ist, daß die Diskussion untereinander unheimlich torpediert wird, daß sie praktisch auch unter den derzeitigen Gegebenheiten noch nicht möglich sind und insofern die Erarbeitung eines gemeinsamen Standpunktes viel mehr Zeit braucht, als draußen dafür erforderlich wäre, das muß ganz einfach in Rechnung gestellt werden.

Ich möchte nochmal auf Euren Artikel zum Hanna-Cash-Papier (ak Nr. 334 vom September '91) zurückkommen. Darin habt Ihr auch Bezug genommen auf einen umfassenden Begriff von Befreiung, der in der Linken, in der Gesellschaft vorhanden sein muß, sozusagen als Grundlage und Voraussetzung für die Freiheit der Gefangenen. Ihr hattet dabei auch ausführlich die LUPUS-Gruppe in Frankfurt zitiert, die am Begriff der befreiten Gesellschaft einiges entwickelt hat. Könnt Ihr darauf mal näher eingehen?

Wir hatten diese Stellungnahme zu einer Zeit abgegeben, als die Situation noch ziemlich festgefahren war, als an Freiheit für die Gefangenen noch nicht zu denken war. Wir haben dann in Diskussionen eine Position entwickelt, die dahin ging, daß erst wenn eine Linke, die sich neu bestimmt, zu den Gefangenen nicht mehr nur ein abstraktes Verhältnis hat — diese also als Genossen und Genossinnen betrachtet, die eingekerkert sind für Aktionen im gemeinsamen Kampf —, daß dann eine Kraft entstehen könnte, die schon was beiträgt zur Freiheit, also eine politische Lösung für die Gefangenen erkämpfen kann. Tendenziell steckt dahinter die Behauptung, daß in der linken Auseinandersetzung um Neubestimmung noch versucht werden müßte, in konkreten gesellschaftlichen Auseinandersetzungen an Ausstrahlungskraft zu gewinnen, d.h. nicht mit ideologischen Schemata Menschen gewinnen zu wollen, sondern mit einer Politik durch Projekte, die die Linke selbst in Angriff nimmt, die bereits im Ansatz einen Vorgriff auf „befreite Gesellschaft" zeigen.

Was könnten das für Projekte sein?

Die Projekte haben im wesentlichen damit zu tun, daß Leute den meist abstrakten Begriff „Selbstbestimmung" in ihrem Lebensalltag umsetzen können. An verschiedenen Punkten kommt das zum Aus-

druck, beispielsweise in bestimmten Häuserkampfphasen, wo dem Begriff „Selbstbestimmung" Leben eingehaucht wurde. Das ist unserer Meinung nach ein Punkt, wo eine Orientierung liegen sollte. An eigenen Interessen und Bedürfnissen ansetzend, nicht zu lamentieren, sondern zu versuchen, bestimmte Freiräume zu erkämpfen und da auch Projekte zu entwickeln und das wiederum als Vermittlungsansatz zu nehmen für Jugendliche oder andere Menschen, die mit ihrem Leben in dieser Gesellschaft unzufrieden sind.

Wie bringt Ihr diesen Ansatz, der ja leider bisher noch auch nicht gerade von Erfolg gekrönt war, konkret in Verbindung mit der momentanen Diskussion innerhalb der Linken, diskutiert Ihr an einer neuen Qualität von selbstbestimmten Projekten oder geht es einfach nur darum, darauf hinzuweisen, wie wichtig die Ausstrahlungskraft der Linken in die Gesellschaft hinein ist, bevor das wieder vor lauter globaler Analyse und Strategiediskussion hinten rausfällt?

Es soll eine Verknüpfung stattfinden: die Projekte, die bundesweit laufen, sind meistens in sich isoliert und besitzen, wenn überhaupt, nur eine regionale Ausstrahlung. In einer gemeinsamen linken Diskussion sollten die Möglichkeiten, die in solchen Projekten stecken, wieder aufgegriffen werden bzw. erörtert werden, wie eine breitere Wirkung erzielt werden könnte. In unseren Augen haben in den letzten Jahren linker Politik die Abwehrkämpfe darin ein zu starkes Gewicht, so z.B. bei der Antifa, deren Stärke sich in einem reinen Abwehrkampf erschöpft, und das, was an positiven Orientierungen da ist, besteht z.T. aus Rückgriffen auf alte Zeiten, wie z.B. bestimmte Organisationsmuster und Parolen aus der Zeit der Weimarer Republik hervorgekramt werden usw. Uns geht es darum, über diesen Abwehrkampf hinauszukommen und dafür einen Blick zu gewinnen, um an dem Ort, wo mensch sich bewegt, darüber hinaus etwas zu entwickeln. Klar ist das nichts Neues, aber nur so können in der jetzigen Phase die Erfahrungen gemacht werden, die nötig sind, um voranzukommen, um tatsächlich eine Aufbruchsituation herzustellen und sich nicht als Linker oder Linke in der BRD mit dem Rücken zur Wand stehend zu fühlen. In Gruppenprozessen müssen solche Diskussionen geführt werden, Strukturen verändert und dies transparent gemacht werden, damit nicht nur Analysen für interne Kreise oder nur reine „Aufklärungsarbeit" betrieben wird. Im Moment gibt es ja eine gewisse Tendenz bei Linken, zu schauen, was habe ich bisher gemacht, wo stehe ich jetzt, und bei diesem Reflexionsprozeß kann die Erkenntnis kommen, daß ein emanzipativer Gewinn nicht bei reinen Abwehrkämpfen entstanden ist, sondern nur da, wo gleichzeitig was Neues entwickelt wurde. Linke Identität ergibt sich im Grunde genommen nicht daraus, Argumente ins Feld zu führen gegen die verschiedensten destruktiven Projekte des Kapitalismus hier, sondern sie muß sich auch positiv füllen in der Begegnung, im gemeinsamen Kampf mit anderen Menschen. Daraus ergibt sich die positive Energie, um diese Kämpfe überhaupt führen zu können, und daraus ergibt sich zum Teil auch die Herausbildung neuer Strukturen. Heute wird beispielsweise ganz anders politisch gearbeitet als 1967, es wird versucht, anti-hierarchische Strukturen aufzubauen — so problematisch die Wirklichkeit in dem einen oder anderen Fall auch ist —, aber bestimmte Sachen sind seit '67 auch herausgekämpft worden, und auf diese positiven Bausteine gilt es eigentlich aufzubauen.

In der Forderung nach Kommunikation mit den politischen Gefangenen steckt ja der Wunsch, sich auszutauschen mit Menschen, die auf unterschiedlichen Ebenen kämpfen, die Teil einer gemeinsamen linken Geschichte sind und daher Erfahrungen vermitteln können, die wichtig sind in der weiteren Diskussion. Nachdem Ihr nunmehr seit zwei Jahren in unmittelbarem Austausch steht mit einer Gefangenengruppe, drängt sich mir die Frage auf, inwiefern sich dadurch für Euch etwas verändert hat bzw. um was für Erfahrungen Ihr reicher geworden seid.

Gleich zu Anfang ging es in der Diskussion drinnen darum, die Knasterfahrung vermittelt zu bekommen, sowie die Denkansätze, wie drinnen über die Bewegung draußen gedacht wird. Da steckten für uns teilweise ganz neue Elemente drin und auch Diskussionsabläufe, wie wir sie draußen gar nicht kannten. Das hat auch unsere Herangehensweise an politische Themen oder gesellschaftliche Entwicklungen verändert, erstmal so viel, daß wir auf uns selbst geschaut haben, was haben wir gemacht usw. Wir alle waren auch überrascht, ja, von der Ernsthaftigkeit, mit der die Diskussionen geführt werden konnten, und haben erfahren, was es heißt, einen revolutionären Kampf mit der Konsequenz zu führen, für etliche Jahre, wenn nicht Jahrzehnte dafür in den Knast zu kommen. Wir haben auch erfahren, daß die Genossen heute ungebrochen und mit einer Lebensenergie und auch Freude uns entgegengetreten sind, im Gegensatz zu draußen, wo häufig sehr lieblos miteinander umgegangen wird. Dieses für uns überraschend ganz andere Klima in der Zusammenarbeit mit der Gefangenengruppe hat auch etwas abgefärbt auf unser Verhalten draußen. Der Wille, genau zu sein, mit der eigenen Geschichte sehr ernsthaft umzugehen, u.a.

Und Ihr, habt Ihr auch was nach drinnen vermitteln können von uns draußen, authentisch und ohne Bilder zu erzeugen?

Da wir oft wenig Positives von unseren Erfahrungen draußen zu berichten hatten und haben, wurde dies schon manchmal als Miesmacherei aufgefaßt. Meistens können wir nur berichten, was wir nicht auf die Reihe kriegen. Eine Erfahrung ist auch, wenn wir an manchen Punkten hier draußen frustriert sind und darüber drinnen diskutieren, daß wir dann wieder einen Schub erhalten, Sachen anders anzupacken.

In dem konkret-*Interview und auch in dem Beitrag von Lutz Taufer in dem jüngst erschienenen Buch* Odranoel — die Linke zwischen den Welten *wird betont, daß die gefangenen Genossen in den Jahren ihrer Gefangenschaft, also in der Situation, die nur auf ihre Zerstörung hin angelegt ist, wo sie selbst sehr viel Energie darauf verwenden müssen, allein menschlich zu überleben, also sich ihre Lebensenergie und Identität zu bewahren, daß sie also in dieser Situation auch für die Linke draußen wichtige Erfahrungen gemacht hätten. Ich glaube, das ist auch mit dem, was Ihr jetzt erzählt habt, nachzuvollziehen, vor allem, daß nach einem Überlebenskampf gegen 15-17 Jahre Knast, und davon die meiste Zeit in Isolation, das Gejammere der Linken draußen und häufig auch die darin steckende Resignation in einem anderen Licht erscheint. Abschließend würde ich gerne wissen, wie Ihr die Möglichkeiten für weitere Kommunikationsprojekte mit den Gefangenen aus der RAF und dem Widerstand einschätzt und bewertet.*

Wir haben aus unserer Erfahrung gelernt, daß es wichtig ist, wenn man über Kommunikation redet, zu versuchen, es auch materiell zu machen, also in irgendeiner Form die Apparate auch mit Kommunikationsprojekten zu bombardieren, immer wieder nachzufragen, um an bestimmten Punkten etwas durchzusetzen, was über momentane Standards hinausgeht. Das wird zwar mühselig sein, aber durch immerwährende Versuche kann es möglich werden, die Mauer ein klein wenig einzureißen. Es ist für den Prozeß, der gerade läuft, immens wichtig, sich nicht damit zufrieden zu geben, daß jetzt Günter rausgekommen ist, Bernd hoffentlich rauskommt und vielleicht noch einige andere folgen werden, und sich dann darauf zu verlassen, daß alles so am Laufen ist. Es darf keiner und keine von den Gefangenen vergessen werden. Priorität muß haben, alle Gefangenen, die 15 Jahre oder länger oder 2/3 ihrer Zeit im Knast hinter sich haben, rauszuholen. Wir meinen, das aktuelle Kräfteverhältnis läßt dies zu. Für alle anderen steht die Zusammenlegung in zwei Gruppen auf der Tagesordnung. Wenn wir dies durchsetzen, haben wir materiell die Basis erreicht, auf der eine politische Lösung, d.h. die Freiheit für alle politischen Gefangenen in absehbarer Zeit, gesellschaftlich verankert und erfolgreich eingefordert werden kann.

Haftverschonung für Klaus Croissant – aber nach BAW-Beschwerde weiter in Haft

Berlin, 18. 1. 93

Am Freitag, den 15. Januar '93, wurde in der Zeit zwischen 10 und 15 Uhr die Haftbeschwerde des Rechtsanwalts von Klaus vor dem Kammergericht verhandelt. Der BGH hatte diese Beschwerde wegen „Abgabe des Falles an das Kammergericht Berlin" ebenso nach Berlin abgegeben. Nach einer mehrstündigen Verhandlung das Ergebnis: Haftverschonung nach Hinterlegung von 100 000 DM Kaution, sowie diverser Auflagen wie Meldepflicht usw. Nach Verkündung legte der Vertreter der Bundesanwaltschaft sofort Beschwerde gegen die Haftverschonung ein. Diese wurde vom Kammergericht ohne Begründung akzeptiert, und somit bleibt Klaus bis zum Entscheid dieser Beschwerde vor dem BGH weiterhin in Haft. Alleine die Kautionssumme von 100 000 DM spricht auch dafür, daß hier die „offene 77er Rechnung" präsentiert wird. So dürften auch seine Aktivitäten zur Freilassung aller politischen Gefangenen, sein Antifa- und Antirassismusengagement sowie seine Bemühungen für eine starke politische Linke in diesem neuen „Deutschland" wesentliche Bestandteile der „neuen Rechnung" sein. Mit der Beschwerde gegen die Haftverschonung des Kammergerichts Berlin versucht die Bundesanwaltschaft wiederum Zeit zu gewinnen (bis zu einem Entscheid vergehen mindestens 14 Tage). So soll Klaus bis zum Prozeßbeginn in Haft gehalten werden, um ihn als Gefangenen dem Gericht „vorzuführen". Ihr könnt Euch sicher vorstellen, daß die Möglichkeiten von Klaus, sich umfassend und offensiv zu verteidigen, dadurch stark eingeschränkt sind. Als Gefangener dem Prozeß vorgeführt zu werden, bedeutet, mindestens 2-3 Stunden jeweils vor Prozeßbeginn im Gefangenensammeltransport sowie in Gefangenensammelzellen zu verbringen. Das ist eben auch eine Möglichkeit, einen Gefangenen „weichzuklopfen". Jeweils 14tägig habe ich die Möglichkeit, Klaus im Knast zu besuchen und mit ihm zu reden. Die vielen Briefe / Solidaritätsbekundungen u. v. a. m. helfen sehr, die komplizierte Knastsituation etwas zu erleichtern. Allen UnterstützerInnen sei auf diesem Wege noch einmal recht herzlich gedankt. Die Aktionen für die sofortige Freilassung von Klaus sowie der vielen anderen politischen Gefangenen müssen forciert werden. In diesem Zusammenhang möchte ich Euch gerne die „neue Anschrift" von Klaus mitteilen. Sie lautet nun:

Briefe direkt an Klaus in den Knast für alle, die die Anschrift noch nicht kennen: a) Brief an das Kammergericht Berlin, VRfKG Herrn Kubsch, Witzlebenstraße 4-5, W-1000 Berlin 19; b) in diesen den Brief an Klaus Croissant legen (unverschlossen): Dr. Klaus Croissant, Alt Moabit 12a, W-1000 Berlin 21.

Bernd Biniek, Goltzstr. 32, W-1000 Berlin 30, Tel.: (030) 2 15 39 82, Fax: (030) 251 62 56

Laut einer Pressemitteilung des Rechtsanwalts von Klaus Croissant, Dr. Matthias Zieger, vom 15. 1. 93 wird aufgrund einer Ankündigung des Vorsitzenden Richters Kubsch die Hauptverhandlung voraussichtlich Ende Februar '93 vor dem Kammergericht beginnen. (d. Red.)

Freispruch für Ralf Gauger und Knud Andresen jetzt möglich!

Im Prozeß gegen Ralf Gauger und Knud Andresen im Landgericht Itzehoe kam das Gericht am 52. Verhandlungstag endlich mit seiner Grundsatzerklärung heraus. Es reagierte damit auf die Beweisanträge der Verteidigung. In den Anträgen belegten Ralf und Knud, daß sie die Observation am Tag der Verhaftung sehr früh bemerkten. Außerdem bewiesen sie, daß sie zum Zeitpunkt der vorgeworfenen Tat 1 km vom Tatort entfernt gewesen waren. Die Kleidung der beiden stimmte mit der Beschreibung ebenfalls nicht überein.

In seinem Beschluß verkündete Richter Selbmann, daß er Ralf und Knud nicht verurteilen werde. Das Gericht hielt die 4 LKA-Belastungszeugen für nicht „selbstkritisch genug" und warf ihnen Schlampigkeit bei den Ermittlungen vor. Einige BesucherInnen des Prozesses sahen dies als Aufforderung an die B., ihr Lügenkonstrukt beim nächsten Mal besser zu basteln. Der Beschluß stellte die widersprüchlichen Aussagen der LKAler zusammen. So hätten sie aus 375 m Entfernung Personen nicht zweifelsfrei wiedererkennen können und seien vielleicht „vielmehr unbewußt einer naheliegenden, trügerischen Sicherheit spontan erlegen, die sich aus dem Zusammenhang mit der vorangegangenen Observation ergab". Selbmann bezog sich hierbei auf einen vor Gericht erschienen Wahrnehmungspsychologen, der anhand eines Versuchs mit 150 StudentInnen klar machte, daß die Erwartungshaltung, gerade Ralf und Knud könnten sich auf den Gleisen befinden, die Wahrnehmung stark beeinflußte. (Vorher hatten die LKAler die beiden für einige Minuten aus den Augen verloren.)

Nicht behandelt wurde der wirkliche Grund für die Observation von Ralf und Knud. Das Gericht gab sich mit der Sperrerklärung des Hamburger Senats über die Herausgabe des Observationsberichts zufrieden, wertete diese aber zugunsten von Ralf und Knud, weil die von den B. behauptete Verwechslung mit der eigentlichen Observationsperson so nicht überprüft werden könne. Die Lüge des LKAlers Martens, der anfangs behauptete, Ralf nicht von früher zu kennen, dies später aber doch zugab, wertete das Gericht als „Bereitschaft zur Manipulation". Zum Schluß bemerkte das Gericht dann endlich, daß es für die vorgeworfene Tat für Ralf und Knud absolut kein Motiv gebe.

Auch dieser Beschluß brachte Staatsanwältin Roitsch von Almeloe nicht dazu, ihre fanatische Position endlich aufzugeben und von ihrem Verurteilungswillen (wegen Mordversuchs!) abzurücken. Obwohl die Lage im Prozeß eindeutig ist, bestand sie darauf, den letzten Zeugen, der vom Gericht als unwichtig angesehen wird, noch auszufragen: Gunnar Geertz, der Ralf und Knud am 29.7.91, dem Tag ihrer Verhaftung, sein Auto geliehen hatte. Die Fragen des Gerichts beantwortete Gunnar noch. Bei den Fragen der Staatsanwältin war dann aber Schluß. Bereits am letzten Verhandlungstag verlasen er, Ralf und Knud Erklärungen, die die (Teil-) Aussageverweigerung begründeten. Die Zusammenarbeit der Staatsanwaltschaft mit dem LKA 331 wurde darin noch einmal deutlich gemacht. Weiter wurden u. a. 2 Leute aus der Solidaritätsgruppe bespitzelt und auf der Straße von Mitarbeitern der Hamburger Innenbehörde angesprochen.

Schließlich rutschte dem neben Selbmann sitzenden Berichterstatter Engelmann der Spruch raus, das Gericht werde gegen Gunnar alle Zwangsmaßnahmen benutzen, um ihn zum Reden zu bringen, dabei aber nicht gleich mit 2 Monaten Beugehaft beginnen. Die Beugehaft war (vielleicht) als Witz gedacht, löste aber bei den ZuschauerInnen Pfiffe und Buhrufe aus. Der Verhandlungstag endete schließlich mit 150 DM Ordnungsgeld gegen Gunnar und der Ankündigung weiterer Zwangsmaßnahmen.

Am Montag, den 1.2., geht es mit einer weiteren Vorladung Gunnars weiter. Dann wird auch eine Stellungnahme der Staatsanwaltschaft auf den Beschluß des Gerichts folgen.

Gut war, daß diesmal der Gerichtssaal endlich mal wieder brechend voll mit BesucherInnen und MedienvertreterInnen (Presse, Radio und TV) war. Im Gericht wurde die Staatsanwältin für ihre Äußerungen ausgebuht, und nach der Verhandlung bekam sie von der stellvertretenden Vorsitzenden von Pax Christi, Gisela Wiese, noch einen Glückwunsch zu ihrem Mißerfolg, den sie mit „Und sie wollen eine Christin sein?" beantwortete.

Nur durch eine offensive Arbeit zum Prozeß (der Verteidigung, der Soligruppe und anderer Menschen) ist der Freispruch realistisch geworden. Mit dem Freispruch wird die Auseinandersetzung nicht aufhören, sondern es geht darum, das Lügenkonstrukt vollständig zu entlarven, die Verantwortlichen zur Rechenschaft zu ziehen, d.h. sie müssen zurücktreten! Und die Rote Flora durchsetzen! ein Prozeßbeobachter / Red.

Disziplinarverfahren wg. Unterstützung der Freilassung von Bernd Rößner

Gegen ein Mitglied der „Arbeitsgemeinschaft kritischer Polizisten und Polizistinnen" läuft zur Zeit ein Votermittlungsverfahren des Wiesbadener Polizeipräsidiums. Vorgeworfen wird dem Beamten u.a. die Unterzeichnung des Aufrufs zur Freilassung von Bernd Rößner, der in der *taz* vom 14.4.92 veröffentlicht wurde. In dem Schlußbericht des Polizeipräsidiums heißt es dazu u.a., daß sich ein Polizeibeamter außerhalb seiner im Diensteid übernommenen Verpflichtungen stelle, wenn er sich für einen Gefangenen aus der RAF einsetze, „dessen Ziel die Zerschlagung des Staates war, den der Polizeibeamte zu schützen geschworen hat". Und weiter: „Die Solidarisierung mit den im Schreiben enthaltenen Aussagen über die mangelnde Bereitschaft zum Abschwören von Zielen der RAF durch Bernd Rößner lassen den Schluß zu, daß KHM Korell sich mit diesen Zielen identifiziert, was wiederum zum Vertrauensbruch im Verhältnis des Dienstvorgesetzten zum Beamten zu sehen ist ... Dieser These folgend wäre der Beamte Korell für den Dienstherren untragbar."

In einer Stellungnahme erklärte der Polizist, er lehne Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele ab, er wollte jedoch mit seiner Unterschrift dokumentieren, „daß mir der Rachegedanke fern ist, daß es mir ausschließlich um die menschliche Seite geht". Quelle: taz, 14.1.93 (d.Red.)

Stephan Waldberg vom Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir zu 3 3/4 Jahren Haft verurteilt

Heute stand unser Mitarbeiter Stephan Waldberg zum vierten Mal vor dem Staatssicherheitsgericht in Diyarbakir. Alle vorhergehenden Prozeßtermine wurden mit fadenscheinigen Begründungen vertagt, was zur Folge hat, daß inzwischen hohe Kosten entstanden sind und vor allem, daß wir auf Stephans Mitarbeit verzichten müssen. Das zermürbende Warten hat nun ein negatives Ende genommen: Stephan wurde zu 3 Jahren und 9 Monaten Haft verurteilt.

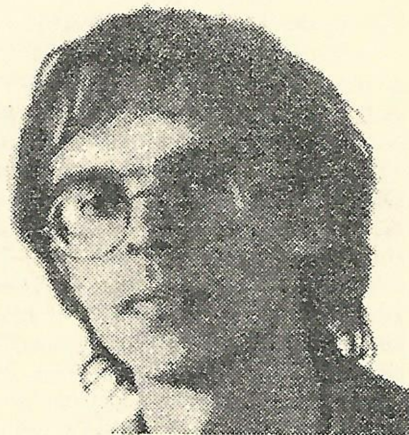
Das Gericht folgte den Ausführungen des Staatsanwaltes, der Stephan Kuriertätigkeit für die verbotene kurdische Arbeiterpartei PKK unterstellt. Dieser Vorwurf konnte in den vorausgegangenen Verhandlungen widerlegt werden, auch seine journalistische Tätigkeit bei Radio Dreyeckland wurde schriftlich sowie mündlich (Zeugenaussage) mehrfach bestätigt. Trotzdem wird es immer noch angezweifelt.

Das heutige Urteil muß für alle kritischen JournalistInnen ein Schlag ins Gesicht bedeuten, denn es besagt, daß jeder Bericht aus der Region unter der Federführung der türkischen Regierung abgefaßt werden muß. Die türkische Regierung spielt sich zur Richterin auf, sie will bestimmen, was Journalismus ist, was geschrieben werden darf und was nicht. Kurzfristig hat sie dies an einem anderen Beispiel schon erreicht: Die prokurdische Tageszeitung *Özgür Gündem* (Freie Tagesordnung) muß eingestellt werden, weil ihre Auflage drastisch gesenkt wurde. Fünf Mitarbeiter von *Özgür Gündem* wurden letztes Jahr ermordet, Kioskbesitzer, die die Zeitung verkauften, bezahlten mit ihrem Leben bzw. ihr Laden wurde abgebrannt, die Lastwagen des Vertreibers in der türkisch-kurdischen Region wurden angezündet. Statt offenes Verbot der Zeitung durch die türkische Regierung, was breite Proteste mit sich bringt, ein Vernichtungszug gegen alle Beteiligten, die die authentische Berichterstattung von *Özgür Gündem* verbreiten wollen. Die Täter und Mörder der im vergangenen Jahr ermordeten JournalistInnen wurden bislang noch nicht gefaßt, aber amnesty international stellt dazu fest, daß die Morde an ihnen „auffällig oft mit vorangegangenen Repressionen von staatlicher Seite in Zusammenhang" stehen. Konkrete Hinweise lassen den Schluß zu, daß die Mordanschläge von staatlicher Seite gedeckt und in einigen Fällen vermutlich sogar initiiert wurden (*FR*, 5.1.93).

Das ist auch der Hintergrund, auf dem der Prozeß gegen Stephan stattfindet. Was geschieht in Türkei-Kurdistan, daß die türkische Regierung so massiv gegen eine kritische Öffentlichkeit vorgeht, und müssen diese Ereignisse nicht noch stärker von der hiesigen fortschrittlichen Presse an das Tageslicht gebracht werden?

(Radio Dreyeckland, 22.1.93)

Am 15.1. fand in Frankfurt/Main eine Demonstration vor dem türkischen Generalkonsulat statt, bei der die sofortige Freilassung von Stephan Waldberg und die Auflösung der staatlich geförderten und auch mit deutschen Waffen ausgerüsteten Todesschwadrone in der Türkei gefordert wurde. (d. Red.)



Prozeß gegen RechtsanwältInnen vor dem Staatssicherheitsgericht Istanbul

Vor dem Istanbuler Staatssicherheitsgericht ist gegen sechs Mitglieder der Istanbuler Rechtsanwaltskammer und des Halkin Hukuk Bürosu, Rechtsbüro des Volkes, Istanbul — Ulutan Gün, Fethiye Peksen, Zerrin Sari, Fuat Erdogan, Ümran Gün und Bedii Yarayici — Anklage erhoben worden. Ihnen werden Kurierdienste zwischen den höheren Funktionären und den inhaftierten Mitgliedern von Devrimci Sol vorgeworfen. Ümran Gül (mit ihr haben wir das Interview im Angehörigen Info *109 gemacht) erklärt dazu im Namen aller angeklag-*

ten Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte:
Die Beweismittel sind die bei der Polizei unterschriebenen Aussagen einiger in einem weiteren Verfahren Angeklagten. Das Verfahren gegen die Angeklagten dauert noch an. Das Gesetz besagt, daß jeder, dessen Schuld noch nicht bewiesen ist, unschuldig ist — das soll auch für unser Land gelten. Die Angeklagten erklärten bei der Staatsanwaltschaft und vor Gericht, daß diese Aussagen von der Polizei vorbereitet und sie unter Folter und mit verbundenen Augen zum Unterschreiben gezwungen wurden. Später machten die Angeklagten vor Gericht und bei der Staatsanwaltschaft eine weitere Aussage, in der sie nochmals erklärten, daß die bei der Polizei erzwungene Unterschrift unter Folter erzwungen worden ist. Es ist uns unverständlich, daß das DGM diese Aussagen nicht berücksichtigt, obwohl sogar die Folterspuren durch ein gerichtsmedizinisches Gutachten bestätigt wurden.

Gegen uns liegt kein konkreter Beweis vor. Warum wird trotzdem diese Anklage erhoben?

Die Antwort darauf wird die Angelegenheit klären, denn der Staat greift die AnwältInnen an, die sich nicht in dem vom Staat vorgegebenen Rahmen bewegen, die in den Prozessen Revolutionäre verteidigen, die für Demokratie kämpfen. Sie versuchen immer wieder, den Kampf für Demokratie mit ihren Angriffen zu verhindern. Dieses wurde oft erfolglos versucht. Von einem dieser vielen Angriffe sind jetzt wir betroffen. Es ist nicht der erste und wird auch nicht der letzte sein. Die Anklage, die vom DGM erhoben wurde, ist bei Gericht mit der Nr. 199W2/439 registriert.

Der erste Verhandlungstag ist auf den 22. 2. 1993 anberaumt.

Die 6 Angeklagten werden sich an diesem Tag auf gar keinen Fall in die Rolle der Angeklagten drängen lassen. Nach Art. 169 des türkischen Strafgesetzbuches, welcher besagt, daß sich die Strafe nochmals um die Hälfte erhöht bei denen, die „bewußt oder wissentlich einer Organisation helfen", fordert die Staatsanwaltschaft eine Verurteilung nach Gesetz 3713, Art. 5 des Anti-Terrorgesetzes.

Wir sehen dies als einen Angriff auf die Verteidigung. Wir JuristInnen dürfen dagegen nicht schweigen. Unser Büro, das für Demokratie und Menschenrechte in unserem Land kämpft, ist eine wichtige Institution geworden, und wir werden diese Angriffe auf die Menschenrechtsorganisationen und Institute zu verhindern wissen und aufhalten.

Unter diesem Aspekt werden wir den Prozeß am 22.2. in eine Anklage und Warnung gegen den türkischen Staat verwandeln. Alles, was gerecht ist, werden wir verteidigen. Wir fordern Euch auf, gegen diesen Prozeß Stellung zu beziehen und laden Euch ein, daran als BeobachterInnen teilzunehmen.

Das „Informationszentrum für Freie Völker" in Köln ergänzt hierzu, daß dieser Kriminalisierungsversuch kein Einzelfall ist: „Auch die Angriffe auf demokratische Massenvereine nehmen in der letzten Zeit massiv zu, z. B. wurde der Menschenrechtsverein Özgür-Der, dessen Gründungsmitglied eine der angeklagten RechtsanwältInnen ist, innerhalb eines halben Jahres dreimal auf Anweisung des Gouverneurs von Istanbul mit der Begründung, daß ‚Ziel und Zweck des Vereins' überschritten eien, geschlossen. Alle Schließungen und Verbote hängen eng mit der Öffentlichkeitsarbeit des Vereins gegen Folter, das Verschwinden-Lassen von Menschen und dem Kampf für Demokratie und Menschenrechte zusammen."

Das Informationszentrum ruft dazu auf, als Prozeßbeobachter am ersten Verhandlungstag teilzunehmen. Bis spätestens 12. 2. sollen außerdem alle, die den Aufruf der RechtsanwältInnen unterstützen, dem Informationszentrum Bescheid geben; Flugtickets zu Billigtarifen und eine Unterkunft in Istanbul können besorgt werden. Wer an dem Prozeß nicht teilnehmen kann, sich aber trotzdem solidarisch zeigen will, sollte eine Solidaritätsgrußadresse mit Stellungnahme zu den Vorwürfen gegen die AnwältInnen schreiben. Adresse des Informationsbüros: Teichstr. 16e, 5000 Köln 30, Tel.: (02 21) 53 12 78, Fax: (02 21) 53 17 00

Verhaftungen und Folterungen in Spanien

Angriff gegen die linke spanische Zeitung *Area Critica* und ihren Leiter Bittor Diéguez Guerra

Am 3. November wurde am Grenzübergang Irun der Leiter der zweimonatlich erscheinenden Zeitung *Area Critica* und ehemalige politische Gefangene Bittor Diéguez Guerra bei seiner Einreise in den spanischen Staat festgenommen. Bittor Diéguez war 11 Jahre lang als mutmaßliches Mitglied der GRAPO im Gefängnis und beteiligte sich während seiner Haft an zahlreichen Hungerstreiks gegen die Folter und unmenschlichen Haftbedingungen im spanischen Staat. Bis zu seiner Entlassung am 13. Januar 1990 nahm er am letzten Hungerstreik der spanischen GenossInnen teil, der insgesamt 435 Tage dauerte und in dessen Verlauf der Genosse Manuel Sevillano (Sevi) starb. Seit seiner Freilassung arbeitet Bittor als Redakteur und Direktor der Zeitung *Area Critica*. In seiner Eigenschaft als Reporter war Bittor nach Frankreich gereist, um mit dem Vorsitzenden der PCE(r), Manuel Pérez Martinez, ein Interview zu führen, welches in der Novemberausgabe von *Area Critica* erscheinen sollte.

Im Augenblick seiner Festnahme wurden neben dem erwähnten Interview auch verschiedene persönliche Briefe beschlagnahmt, die exilierte Mitglieder der PCE(r) aus Frankreich an ihre Angehörigen schickten. Ebenso wurde Geld beschlagnahmt, welches für die Wiederauflage der zwei Bücher *Geschichte der PCE(r) und der GRAPO* und *Chroniken aus Herrera de La Mancha*, die im spanischen Staat bereits legal verlegt wurden, bestimmt war. Bittor Diéguez wurde nach Madrid gebracht, und unterdessen durchsuchten B. sein Haus und die Redaktion von *Area Critica* in Bilbo unter dem Vorwand, verschiedene Dokumente und Materialien im Zusammenhang mit der PCE(r) zu suchen. Während der Durchsuchung nahmen die B. Kalender, Rechnungen, graphisches Material und Geld sowie praktisch das gesamte Material mit, das für die Veröffentlichung in der nächsten Ausgabe der *Area Critica* bestimmt war. Die Gründe der Durchsuchung der Redaktion und die Beschlagnahmung der Materialien liegen in der Behauptung der B., *Area Critica* würde sich durch illegale Gelder finanzieren. Die Zeitung dementiert dies entschieden und versichert, daß sie sich ausschließlich aus dem Verkauf der Zeitschrift, legalen Spenden und durch gewerbliche Aufträge finanziert.

Area Critica betrachtet diesen Angriff nicht nur als gegen ihre Zeitung, sondern gegen die Freiheit der Meinungsäußerung gerichtet und unterstreicht, daß diese Attacke durch die PSOE gesteuert ist, die alle unabhängigen Informationsmedien angreift. In ihrer Eigenschaft als linke Zeitung entlarvt *Area Critica* konsequent die Kontinuität des Faschismus in Spanien, informierte beispielsweise kontinuierlich über den Hungerstreik der Gefangenen aus GRAPO und PCE(r), berichtet über soziale und ArbeiterInnenbewegungen und bezieht sich in ihren Berichten und Analysen auf Ereignisse weltweit.

Die Zeitung kann unterstützt werden durch ein Abo (zahlbar per Banküberweisung oder Nachnahme); nähere Infos über: *Area Critica*, Apdo. 7031,

E-48080 Bilbo.

Bittor Diéguez wurde am 23. Dezember 1992 auf Kaution freigelassen, mit der Auflage, sich 14tägig zu melden. Die Punkte der Anklage sind ihm bis heute unbekannt.

3 angebliche GRAPO-Mitglieder verhaftet und gefoltert

Die drei Anfang Oktober 1992 in Santander/Spanien festgenommenen angeblichen GRAPO-Angehörigen Elvira Diéguez, Laureano Ortega und Encarnación sind in den Händen der Guardia Civil gefoltert worden. Die baskische Tageszeitung *egin* veröffentlichte am 11. Dezember 1992 einen Artikel, in welchem sie sich auf die Angaben der Anwältin Francisca Villalba stützt, die die drei Gefangenen vertritt.

Demnach ist Elvira Diéguez eine Plastiktüte über den Kopf gezogen worden, sie selbst wurde mit zwei Decken wie eine Mumie umwickelt, während fortgefahren wurde, sie zu schlagen. Desweiteren ist sie mit einem Besenstiel vergewaltigt und mit Elektroschocks gefoltert worden. Dem Gefangenen Laureano Ortega waren die gesamte Zeit die Augen verbunden, während in seiner Zelle Gewehrschüsse abgefeuert wurden. Er wurde mit Fäusten und Knüppeln geschlagen sowie mit dem Tode bedroht. „Dasselbe geschah mit Encarnación León Lara", meldet *egin* weiter. Die Gefangene befindet sich im Krankenhaus, nachdem sie bei ihrer Festnahme eine Schußverletzung erhalten hatte. Sie ist ans Bett gefesselt. Alle drei Gefangenen hätten keinerlei Aussagen gemacht.

Ob sie sich in Isohaft befinden, ist ungewiß; der Artikel meldet, der Richter hätte „prisión incondicional comunicada para los detenidos" angeordnet, wofür wir keine Übersetzung finden konnten.

Zudem liegt gegen Elvira Diéguez nichts vor; es konnte lediglich eine Rechtssache wegen „Zugehörigkeit zu einer bewaffneten Bande" gefunden werden. Sie war erst kurze Zeit aus dem Knast, nachdem sie 11 Jahre gesessen hatte. Die Listen von Laureano Ortega und Encarnación León seien allerdings lang, wenngleich auch viele anhängige Verfahren nach Quellen aus der Staatsanwaltschaft selbst bereits wegen fehlender Beweise hätten eingestellt werden können. Gegen Laureano Ortega werde bereits seit 1983 ermittelt, als er wegen mutmaßlicher GRAPO-Mitgliedschaft gerichtlich verfolgt wurde. Gegen Encarnación León seien sechs Verfahren anhängig.

Die *FAZ* vom 7.12.92 meldet hierzu, mit Laureano Ortega sei „der Chef" von GRAPO am Wochenende des 5./6.12.92 nach dem Überfall auf den Geldtransporter eines großen Supermarktes in Santander zusammen mit zwei weiteren Militanten festgenommen worden. Eine vierte Person konnte flüchten. Das Fluchtauto (es sollen 1,1 Mio Mark erbeutet worden sein) blieb im Schlamm stecken. Laureano saß von 1981 bis 1987 im Gefängnis, aus dem er irrtümlich freigelassen wurde.

Desweiteren meldet die Vereinigung der Angehörigen und FreundInnen der politischen Gefangenen AFAPP die Festnahme von Nekane Ruiz Maldonado, die eine 11jährige Tochter hat und ehemalige politische Gefangene ist. Nach Angaben von AFAPP „präsentierte die Polizei als ausreichenden Grund für die Festnahme als Beweise: ein Notizbuch mit Telefonnummern, einige Ausgaben der Untergrundzeitschrift, die die PCE(r) herausgibt und, vor allem, daß sie mit einer der GRAPO-Militanten verschwägert ist, die in Santander festgenommen wurden". Internationale Solidarität, Bremen

Verlegungen politischer Gefangener in Italien

Im *Angehörigen Info* 103 informierten wir kurz über Verlegungen von Gefangenen aus dem kommunistischen Gefangenenkollekiv Wotta Sitta. Nun erreichte uns von Anna Cotone, einer Gefangenen aus dem Kollektiv, eine Karte, in der sie uns um die Veröffentlichung folgender genauerer Informationen bittet:

Rebibbia ist kein Knast, in dem nur sog. Dissociati (Gefangene, die sich von ihrer politischen Geschichte und Identität distanziert haben) sind, sondern es gibt dort auch einen Flügel im Hochsicherheitstrakt, in dem Anna Cotone mit Gloria Argano und vier anderen revolutionären Gefangenen zusammen ist.

Natalia Ligas wurde Ende September von Latina nach Messina in das Gefängnis von Gazzi verlegt, in dem normalerweise keine politischen Gefangenen sind. (d. Red.)

Termine

Hamburg. 29.1., 18.30 Uhr, Gemeindehaus, Schloßstr. 78, Wandsbeker Markt, Veranstaltung für die Freiheit der politischen Gefangenen.

Hamburg. 30.1., 10.30 Uhr, Gerhart-Hauptmann-Platz, Kundgebung und Demonstration „30. Januar 1933 — 30. Januar 1993" gegen Rassismus, Faschismus und Krieg.

Bonn. 4.2., 19.30 Uhr, Juridicum HSE, Veranstaltung „Umbruch der Weltwirtschaft" mit Res Strehle (Zürich), Autor von *Kapital und Krise* (Schwarze Risse Verlag Berlin).

Prozeßtermine

Prozeß gegen Ralf und Knud

Die nächsten Termine im Prozeß gegen Ralf Gauger und Knud Andresen vor dem Landgericht in Itzehoe sind am 1.2., 4.2., 8.2., 15.2., 18.2., 22.2.; 1.3., jeweils um 9.30 Uhr. (Ab 21.1. wird nochmals ein Genosse vorgeladen, und das Gericht wird zu den Beweisanträgen der Verteidigung vom 14.12. Stellung nehmen.) Treffpunkt in Hamburg ist um 8 Uhr an der Sternschanze (Autos mitbringen!).

Während der Prozeßtage gibt es einen ständigen Anlaufpunkt in Itzehoe: bistro am Stadtpark (gegenüber dem Polizeihochhaus).

Kontaktadresse der Solidaritätsgruppe Ralf und Knud: c/o Schwarzmarkt, Kleiner Schäferkamp 46, 2000 Hamburg 36, Tel.: (040) 446095, Fax: (040) 4108122.

Das Plakat „Freiheit für alle politischen Gefangenen" ist wieder erhältlich – ohne den Demoaufdruck vom 20.6.92. Es kann bezogen werden über die Redaktionsanschrift (siehe Impressum). Bis 5 Stück kostet es je 2 DM, ab 5 bis 10 Stück 1.50 DM und ab 10 Stück je 1 DM, alles zuzüglich Portokosten.

Redaktionsschluß für die nächste Ausgabe: 5.2.1993

Impressum

Herausgeber: Angehörige und FreundInnen politischer Gefangener in der BRD, Postlagerkarte 050205, 6230 Frankfurt/M. 80. Erscheint vierzehntäglich bei GNN Gesellschaft für Nachrichtenerfassung und Nachrichtenverbreitung in Schleswig-Holstein/Hamburg m.b.H., Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76. V.i.S.d.P.: Achim Falk. **Redaktionsanschrift und Bestellungen:** GNN-Verlag, Güntherstr. 6a, 2000 Hamburg 76, Tel.: (040) 2204278, Fax: (040) 2297419. Einzelpreis: 1,20 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 28,60 DM, ein Halbjahresförderabonnement 39 DM, Buchläden, Infoläden und sonstige Weiterverkäufer erhalten bei einer Bestellung ab 3 Stück 30 % Rabatt, ab 50 Stück das Heft zu 0,75 DM, jeweils plus Versandkosten. Bei Bestellungen bitte Einzugsvollmacht beifügen oder Überweisung auf das folgende Verlagskonto: Hamburger Sparkasse, BLZ 20050550, Konto-Nr. 1330/110055. — Druck: Eigendruck im Selbstverlag.

Eigentumsvorbehalt: Nach diesem Eigentumsvorbehalt ist das Angehörigen-Info so lange Eigentum des Absenders, bis es dem Gefangenen ausgehändigt wird. „Zur-Habe-Nahme" ist keine Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird das Info dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist es dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzuschicken.

Spendenkonto der Angehörigen: O. Becker, Postgiro Berlin West, BLZ 10010010, Kt.-Nr. 448630-102.